



## Antrag

der Abgeordneten **Roland Magerl, Andreas Winhart, Stefan Löw, Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier** und **Fraktion (AfD)**

### **Kosten im Gesundheitswesen III: Anzahl und Struktur der Integrierten Leitstellen in Bayern**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, die Anzahl und Struktur der Integrierten Leitstellen in Bayern zu verschlanken und so die Effizienz zu steigern und Kosten zu senken. Zudem soll die Staatsregierung auf den Städtetag einwirken, um die Implementierung des Berufsbilds „Leitstellendisponent“ voranzutreiben.

### **Begründung:**

In jedem der 26 Zweckverbände für Rettungsdienst und Feuerwehralarmierung (ZRF) gibt es eine Integrierte Leitstelle. Die Zuständigkeiten sind dabei sehr unterschiedlich und reichen von etwa 210.000 Einwohnern in der Nordoberpfalz bis zu 1,7 Mio. Einwohner im Bereich von Stadt und Landkreis München. Durch die unterschiedlichen Betreiberstrukturen werden hier keinerlei Synergien genutzt. Lediglich das Einsatzleitsystem ist bayernweit normiert. Dies heißt aber auch, dass es jede Struktur 26 Mal gibt. Vor allem im Bereich der IT-Technik und des IT-Supports fallen hier deswegen hohe Kosten an, die auch die Krankenkassen schon vor einiger Zeit alarmiert haben. Vorschläge, die IT-Technik zu zentralisieren wurden nach unserem Kenntnisstand nicht weiterverfolgt. Dabei sind vor allem die Integrierten Leitstellen einer der größten Kostentreiber im Rettungsdienst der vergangenen Jahre. Selbst das Bayerische Rote Kreuz, welches acht der 26 Integrierten Leitstellen betreibt, nutzt hier keine Synergien, sondern leistet sich auf Landesebene sogar noch eine eigene Verwaltungsabteilung dazu. Diese wiederum ist aber nicht einmal für alle BRK-Leitstellen zuständig, da zum Beispiel die Leitstelle Bayreuth nicht vom Landesverband, sondern vom BRK-Kreisverband getragen wird.

Die Betriebskosten der Integrierten Leitstellen werden dabei von den jeweiligen Kommunen für die Feuerwehren und den Sozialversicherungsträger bzw. dem Freistaat für den Rettungsdienst getragen. Dies heißt, auch die IT-Technik und die laufende Modernisierung belastet nicht nur die Bürger, sondern auch die Kommunen, denen das Geld an anderer Stelle fehlt.

Es lohnt sich einen Blick auf die Polizei zu werfen, die vor Jahren ihre Einsatzzentralen zentralisiert hat und heute nur noch 10 Einsatzzentralen in Bayern erfolgreich betreibt. Von den Erfahrungen hier (vor allem die Probleme der Anfangsphase) ließe sich hervorragend partizipieren. Wir glauben, dass auch im Bereich der Integrierten Leitstellen die Anzahl von 10 ausreichend erscheint. Denn es ist auch dem Bürger kaum vermittelbar, dass eine Leitstelle München problemlos mit 1,7 Mio. Bürgern und einem entsprechenden Notrufaufkommen zurechtkommt, für eine ähnliche Einwohnerzahl braucht es in Niederbayern aber schon drei Leitstellen. Die drei Leitstellen der Oberpfalz versorgen zudem knapp 600.000 Bürger weniger. Bei einer Anzahl von 10 wäre jede Leitstelle rechnerisch für 1,3 Mio. Bürger zuständig und müsste mit rund 1.600 Anrufen

täglich zurechtkommen. Die großen Leitstellen zeigen bereits, dass dies problemlos möglich ist. Zudem wären so eine bessere Personaldisposition, Redundanz und niedrigere Kosten gegeben. Auch der Freistaat Thüringen geht gerade diesen Weg und verschlankt die Struktur von 13 Leitstellen auf 4.

Wir fordern deshalb die Staatsregierung auf, hier eine umfassende Strukturreform in die Wege zu leiten und die Anzahl der Integrierten Leitstellen auf ein sinnvolles Maß zu reduzieren. Wir glauben auch, dass die Qualität hier keinerlei Einbußen erfahren wird – im Gegenteil. Größere Integrierte Leitstellen sind einfacher und effizienter in der Lage auch größere Schadenslagen abzuarbeiten. Zudem ist es für sie einfacher, Rettungskräfte auch über die derzeit bestehenden Leitstellengrenzen hinweg zu alarmieren, ohne den Zeitverlust den es aktuell gibt, wenn Notrufe „übergeben“ werden müssen. Zudem gilt es dabei zu prüfen, ob es nicht Sinn machen würde, für alle Integrierten Leitstellen nur noch einen Betreiber festzulegen, um die aktuelle Heterogenität aufzulösen. Im Notfall braucht es Verlässlichkeit. Wir sind der Überzeugung, dass dies ein Betreiber besser erledigen kann, als eine Vielzahl an Betreibern. Größere Einheiten erleichtern zudem die Personalbeschaffung, können sich besser gegenseitig ergänzen und sind somit ausfallsicherer.

Zudem wird die Staatsregierung aufgefordert, auf den Städtetag einzuwirken, um das Berufsbild „Leitstellendisponent“ weiter voranzutreiben. In einer Antwort des Staatsministeriums des Inneren, für Sport und Integration war kürzlich zu lesen: „Zur Einführung eines Berufsbilds ILS-Disponent hatte das Staatsministerium des Innern, für Sport und Integration (StMI) (damals Staatsministerium des Innern, für Bau und Verkehr) am 16.01.2017 Vertreter der ILS-Betreiber, der Zweckverbände für Rettungsdienst und Feuerwehralarmierung, der Berufsfeuerwehren, der Sozialversicherungsträger, der Kommunalen Spitzenverbände (Städtetag, Landkreistag), der Staatlichen Feuerweherschule Geretsried, der Ärztlichen Leiter Rettungsdienst und des damaligen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus, Wissenschaft und Kunst zu einem Gespräch eingeladen. Im Ergebnis bestand grundsätzlich Einigkeit, dass die Schaffung eines Berufsbilds ILS-Disponent sinnvoll ist und auf der Grundlage der hierfür bereits entwickelten Konzepte umgesetzt werden soll. Dabei haben sich die Sozialversicherungsträger freiwillig und ohne gesetzliche Verpflichtung bereit erklärt, ihren Kostenanteil unter der Bedingung einer Aufteilung der Kosten zwischen Sozialversicherungsträgern und Kommunen gemäß Zuordnung der Ausbildungsinhalte auf die Bereiche Rettungsdienst und Feuerwehr – das wäre jeweils etwa die Hälfte – zu tragen. Auch der Landkreistag hat eine entsprechende Zusage erteilt. Hingegen steht eine solche Zusage des Städtetags noch aus, da dieser eine andere Form der Finanzierung anstrebt, die so jedoch nicht umsetzbar ist. Ohne eine entsprechende Zusage des Städtetags kann das Projekt nicht fortgeführt werden. Das StMI hat die Sozialversicherungsträger und den Städtetag mehrfach gebeten, Gespräche aufzunehmen, um die offene Frage zu lösen.“

Es entzieht sich uns, warum hier nicht auch bisher schon alle Möglichkeiten genutzt wurden, die hervorragende Idee eines eigenen Berufsbilds zu forcieren, sondern man der bereits zweijährigen Stagnation tatenlos zusieht. Wir glauben, dass ein eigenes Berufsbild längst überfällig ist, um die Qualität der Notrufabfrage und der Disposition hoch zu halten und so die Sicherheit unserer bayerischen Bürger auf dem bestmöglichen Niveau zu halten. Alle politischen Kräfte sind deshalb anzuhalten, den Städtetag zu einer Positionierung zu drängen.